

Die Bedeutung und Komplexität der gestellten Fragen lässt ein Ja und Nein à la „Robert Lembke“ nicht zu. Deshalb haben wir auf das Kreuzchen verzichtet und mehr Wert auf die inhaltliche Argumentation gelegt.

Stadt gemeinwohlorientiert entwickeln

1. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass das große städtische Gelände zwischen dem Rathaus und dem Appolonia-Pfaus-Park (aktueller Standort von BVZ, Turnhalle, Musikschule, Gesundheitsamt) nicht privatisiert wird, sondern als Gemeingut in städtischem Eigentum erhalten bleibt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zu keiner Privatisierung der städtischen Grundstücke am Appolonia-Pfaus-Park kommt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die Entwicklung dieses Geländes gehört zu den größten planerischen Aufgaben der nächsten Jahre und ist eine große Chance zur Attraktivierung der Innenstadt. Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses zur Aufgabe des BVZ erwarten wir ein Konzept, das die Vielfalt an Möglichkeiten, die dieses Gelände eröffnet, aufgreift. Das werden wir sorgfältig prüfen und mit öffentlicher Beteiligung diskutieren. Entscheidend ist, dass hier ein lebendiger Mix an Wohnangeboten und Wohnformen entsteht, wo Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Bedürfnissen ein Zuhause finden. Das Ganze möglicherweise auch auf einem Mix an privaten und städtischen Flächen.

2. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass die Musikschule und das Gesundheitsamt als Gebäude erhalten bleiben. Ein Abriss wäre ökologisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Gebäude können für eine gemischte Nutzung umgebaut werden: So könnte z.B. das Gebäude-Ensemble aus Musikschule und Gesundheitsamt zu einem Campus für soziales Wohnen, Kleingewerbe, Kultur und öffentliche Einrichtungen umgebaut werden – mit einem Gemeinschaftsgarten mitten im Zentrum der Stadt.

Werden Sie sich für den Erhalt und für die Umnutzung der Gebäude Musikschule und Gesundheitsamt einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Im März haben sich Bürgerinnen und Bürger zusammengesetzt und sehr kreativ überlegt, wie die Zukunft des Musikschulgebäudes aussehen könnte. Was dabei herauskam, nannte unser Oberbürgermeister Thomas Eiskirch sehr treffend ein „Ermöglicherhaus“. Gemeint ist damit die Nutzung in einem Cross-Over aus sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Angeboten. Einfach Neues ausprobieren. Das ist eine

großartige Idee, die gut zu dem Konzept des Quartiers passt, das die Montag Stiftung mit dem „Pionierhaus Stühmeyerstraße“ in unmittelbarer Nachbarschaft umsetzt.

3. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, dass das Gelände am Appolonia-Pfaus-Park auch zukünftig gemeinwohlorientiert und nicht renditeorientiert genutzt wird. Für möglichst günstige Mieten sollte dort Wohnungsbau ohne Profitinteresse entstehen. Die Stadt kann entweder selbst gemeinnützig (um)bauen, oder Grundstücke nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Träger vergeben, z.B. an Genossenschaften oder Wohnungsbauvereine.

Werden Sie sich für eine solche gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Geländes am Appolonia-Pfaus-Park einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Unser Prinzip bei allen neuen Planungen lautet: Vielfalt statt Einfalt. Früher entstanden Quartiere, wo ausschließlich sogenannte „Sozialwohnungen“ gebaut wurden. Das halten wir aus heutiger Sicht für falsch. Mit den integrierten Stadtentwicklungsprojekten sind wir gerade dabei, diese Fehler der Vergangenheit zu reparieren. Mit Erfolg. Heute wollen wir einseitige Strukturen vermeiden. Dort wo neue Wohnungen entstehen soll es eine Mischung für alle Ansprüche sein. Natürlich gehört öffentlich geförderter Wohnungsbau unbedingt dazu. Aber auch frei finanzierte Wohnungen sollen hier entstehen. Es ist auch gut vorstellbar, dass Genossenschaften an dieser Stelle ihre Ideen einbringen und sich am Wettbewerb beteiligen.

4. Die Stadt Bochum und ihre Tochterunternehmen sind mit fast 80 Prozent die größten Anteilseigner der Wohnungsbaugesellschaft VBW. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, die bestehende Gestaltungsmehrheit in allen VBW-Gremien dazu zu nutzen, das mehrheitlich kommunale Unternehmen auf gemeinwohlorientierte Ziele zu verpflichten: Aufgabe der VBW soll nicht sein, möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften, sondern möglichst günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und eine weitreichende Mieter*innenmitbestimmung zu ermöglichen.

Wollen Sie die kommende Wahlperiode dazu nutzen, die VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umzubauen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die VBW ist für uns ein wichtiges Instrument für die städtische Wohnungsbaupolitik und sie wird es für die nächsten Jahre, in denen wir dem Wohnungsmangel in Bochum beherzt durch neuen Wohnungsbau begegnen wollen, umso mehr sein. Auch aus diesem Grund war es uns wichtig, dass die Stadt jetzt über die Mehrheit der Anteile verfügt. Die VBW ist ein verlässlicher Partner an der Seite der Stadt. Gerade das soziale Engagement kennzeichnet dieses Unternehmen. Die enormen Modernisierungsinvestitionen in der Flüsse-Siedlung in Grumme beispielsweise zeigen,

wie die VBW Verantwortung für die Stadtentwicklung und einzelne Quartiere übernimmt. Und Nachbarschaften organisiert.

Das soziale Engagement zeigt sich auch bei folgender Entscheidung: Menschen, die im Zuge der Corona-Pandemie ihre Mieten nicht mehr bezahlen konnten, waren bis Ende Juni vor einer Kündigung sicher. Die VBW hat auf freiwilliger Basis für ihre Mieter*innen diese Regelung um ein Viertel Jahr verlängert.

Die Mieten der VBW bewegen sich in einem sozial angemessenen und wirtschaftlich verantwortbaren Rahmen. Von 2008 bis 2018 stieg die Miete im Bestand von 4,46 Euro/qm auf 5,52. Letztlich gilt auch für die VBW der Mietspiegel.

Die VBW zeigt sich fair gegenüber ihren Mietern und verantwortungsvoll mit Blick auf die Stabilität des Unternehmens. Nur ein wirtschaftlich starkes Unternehmen ist handlungsfähig und kann aktiv an der Bochumer Stadtentwicklung mitwirken besonders, wenn es darum geht, nicht einfach nur ein Haus zu bauen, sondern Wohnquartiere zu entwickeln. Das kann die VBW.

5. Das *Netzwerk Stadt für Alle* kritisiert insbesondere, dass die aktuelle Ratsmehrheit die VBW dazu verpflichtet hat, Rendite von zuletzt 3 Millionen Euro pro Jahr an die Anteilseigner auszuschütten. Alleine durch den Verzicht auf diese Rendite könnte die Miete jeder frei finanzierten VBW-Wohnung durchschnittlich um rund 400 Euro pro Jahr niedriger ausfallen. So könnte der Rat einen deutlichen Beitrag zur Stabilisierung oder gar Senkung des Mietpreisniveaus in Bochum leisten.

Wollen Sie in der kommenden Wahlperiode dafür sorgen, dass der Rat der Stadt Bochum nicht noch einmal von der VBW die Abführung von Millionenrenditen an den städtischen Haushalt verlangt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die hier aufgemachte Rechnung ist ohne Detailangaben so nicht nachvollziehbar und vielleicht auch nicht ganz seriös. Tatsache ist: In einer Zeit, in der Bochum, wie viele andere Städte, gezwungen wurde den städtischen Haushalt um 160 Millionen Euro zu verbessern, wurden auch die städtischen Unternehmen in die Pflicht genommen, einen Beitrag zu leisten. Eine solche Entscheidung lässt sich wieder zurücknehmen, wenn das Ziel erreicht und der städtische Etat im Lot ist. An dem Punkt waren wir mit dem Etat 2020/21 fast angekommen. Dann kam Corona ... Und niemand kann uns heute verlässlich sagen, welche Auswirkungen diese Pandemie auf die gesamten öffentlichen Finanzen haben wird.

6. Das *Netzwerk Stadt für Alle* setzt sich für einen Privatisierungs-Stopp in Bezug auf kommunalen Grund und Boden ein. Statt weitere städtische Grundstücke zu verkaufen, sollen sie nach dem Erbbaurecht mit vertraglich vereinbarten langfristigen Mietpreisbindungen vergeben werden.

Wollen sie in der kommenden Wahlperiode einen solchen Grundsatzbeschluss im Rat erwirken?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

In der Vergangenheit waren die Kommunen aus der Not heraus gezwungen, Geld einzunehmen durch Grundstücksverkäufe. In den letzten Jahren hat ein allgemeines Umdenken in der kommunalen Bewirtschaftung von Bauland stattgefunden. Das ist richtig so. Gerade in der aktuellen Situation des knappen Wohnbaulands wollen wir wieder Steuerkraft zurückgewinnen. Der Planungsausschuss hat sich bereits intensiv mit dem Thema befasst. Ziel ist es ein Konzept für eine nachhaltige und sozialgerechte Bodenpolitik zu entwickeln. Leider wurden die nächsten Schritte auf dem Weg dorthin durch die Corona-Pandemie verzögert. Unser Ziel bleibt aber für die Zukunft die stärkere Gewichtung von konzeptorientierten Ausschreibungen, von Erbbaurechten und einer neuen Bodenbevorratung. Dazu gehört auch der Ratsbeschluss, ein „Sondervermögen Grundstücksentwicklung Bochum“ zu schaffen mit einer Anteilsfinanzierung durch die Stadt Bochum in Höhe von 30 Mio. Euro in diesem und nächstem Jahr. Dort heißt es: „Um den Aufkauf und die Entwicklung ungenutzter Flächen im Stadtgebiet zu ermöglichen soll ein Grundstücksfonds etabliert werden. Dieser soll bebaute und unbebaute Gewerbeflächen, gemischt genutzte Gebäude sowie nicht genutzte Immobilien erwerben, um diese – entwickelt oder ohne vorhergehende Entwicklung – wieder zu veräußern.“ (s. Beschluss des Rates vom 11. 7. 2019)

Demokratie und Mitbestimmung

7. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat die mangelhaften Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bochumer Bevölkerung bei der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) Innenstadt kritisiert. Hintergrund ist, dass sogar das Bundesinnenministerium in seiner ISEK-Arbeitshilfe für Kommunen klargestellt hat: „Der Grad der Mitbestimmung kann von der gemeinsamen Entwicklung von Vorschlägen bis hin zu weitreichenden Entscheidungsrechten der Betroffenen reichen.“ Die Stadt Bochum ermöglichte nur das Minimum: Die Beteiligungsformate beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Vorschläge einzureichen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bochum zukünftig Modelle der tatsächlichen Mitbestimmung an Planungs- und Entscheidungsprozessen institutionell verankert, wie sie bereits in anderen Kommunen erfolgreich erprobt worden sind?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Zum einen ist sicher, dass kaum ein Projekt in Bochum so stark und nachhaltig mit den Menschen im Stadtteil gemeinsam entwickelt und diskutiert wird, wie die integrierten Stadtentwicklungskonzepte. Zu jedem ISEK gehört ein Stadtteilbüro, das die

fortdauernde Beteiligung organisiert und ständige offene Anlaufstelle ist. Gerade hier hat sich Beteiligung bewährt. Zum anderen gibt es in Bebauungsplanverfahren die fest verankerte Beteiligung der Öffentlichkeit. Zum Teil ist die Verwaltung oft auch darüber hinausgegangen. So zum Beispiel beim Ostpark, wo bereits 2014 in mehreren öffentlichen Veranstaltungen schon die erste grobe Rahmenplanung intensiv diskutiert und auch verändert worden ist. Abgesehen davon ist durchaus in letzter Zeit ein gestiegenes Interesse der Öffentlichkeit an Planungsprozessen festzustellen. Dem wollen wir Rechnung tragen und verschiedene Beteiligungsformate ausprobieren. Für die Wohnbebauung in Gerthe wird es z. B. der Beirat sein. Workshops, Werkstattgespräche, Bürgerdialog-Veranstaltungen sind andere gute Möglichkeiten, die Ideen der Bürger*innen in den Planungsprozess einzubringen. Um die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen sicherzustellen, ist es sinnvoll, eine Projektliste aufzustellen mit allen anstehenden relevanten Stadtentwicklungsvorhaben.

8. Das *Netzwerk Stadt für Alle fordert* für die Umgestaltung der Innenstadt einen offenen partizipativen Aushandlungsprozess, der über die üblichen Formate wie Bürgeranhörungen weit hinausgeht. Konkret fordert das Netzwerk, dass dem geplanten Qualifizierungsverfahren und der Rahmenplanung „Am Appolonia-Pfaus-Park und Umfeld Rathaus“ ein Mitbestimmungsprozess vorangestellt wird, in dem die von der Planung betroffenen Anwohner*innen und interessierte Nutzer*innen der Innenstadt gemeinsam ein Anforderungs- und Bedürfnisprofil für die zukünftige Nutzung des Geländes entwickeln. Dieser Prozess sollte schnellstmöglich beginnen, um eine breite öffentliche Debatte der Stadtgesellschaft über die Planungsziele zu ermöglichen. So kann ein Beteiligungsprozess organisiert werden, der modellhaft für die demokratische Einbeziehung der Stadtgesellschaft in Planungsprozesse sein kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solcher öffentlicher Mitbestimmungsprozess zur Festlegung der Planungsziele für das Gelände zeitnah auf den Weg gebracht wird?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Neben dem neuen Justizzentrum, dem Viktoria-Karree und der Neugestaltung des Husemannplatzes kommt sicher auch der Neugestaltung des Rathaus-Umfeldes eine ganz besondere Bedeutung zu. Auch an dieser Stelle wird die neue Planung das Gesicht unserer Innenstadt stark verändern, darum muss hier auf planerische und bauliche Qualität besonders geachtet werden. Natürlich werden wir auch hier großen Wert auf die Beteiligung der Öffentlichkeit legen. Neben dem Grobkonzept wird es darauf ankommen in Erfahrung zu bringen, welche Anforderungen und Erwartungen die Bürger*innen an dieses Wohnbauprojekt stellen. Dabei kommt dem Appolonia-Pfaus-Park eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen, dass sich das beste Konzept im Wettbewerb durchsetzt.

Ökologie, Klima und Verkehr

9. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass der Appolonia-Pfaus-Park nicht verkleinert wird. Statt Teilflächen zu bebauen, wie es in der Planzeichnung des „städtebaulichen Gesamtkonzepts“ (Ratsbeschluss vom 16.11.2017) vorgesehen ist, sollte der Park belebt und für zusätzliche soziale und kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

Wollen Sie dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Verkleinerung des Parks kommt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Der Appolonia-Pfaus-Park ist das einzige Erholungsgrün inmitten der Innenstadt und daher besonders wertvoll. Trotzdem fristet er heute eher ein Schattendasein. Die neue Wohnbebauung wird dazu führen, dass mehr Menschen den kleinen Park als Treffpunkt nutzen und ihn beleben werden. Dazu sollte er nicht verkleinert, sondern verschönert werden.

10. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat vorgeschlagen, den Bochumer Innenstadtring umzubauen: Autoverkehr soll zukünftig nur noch einspurig stattfinden, und der gewonnene Platz soll für sichere Radwege genutzt werden.

Unterstützen Sie den Vorschlag?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden steht für die SPD an erster Stelle. Das hat für Bochum gut funktioniert: Die Unfallzahlen mit Schwerverletzten und Toten sind im Vergleich zu anderen Städten niedrig. Die Vision Zero bleibt unser oberstes Ziel. Davon ausgehend wollen wir den Umweltverbund stärken: Bus und Bahn, das Zufußgehen und den Radverkehr. Bochum baut die großen Zufahrtstraßen zur Innenstadt nach und nach aus: Hattinger Straße, Castroper Straße, Alleestraße und Königsallee. Auch für Radfahrende wird damit die Innenstadt immer komfortabler zu erreichen sein. Die ankommenden Verkehre müssen dann aber auch sicher in der Innenstadt ihre Wege finden. Dafür erstellt Bochum ein Verkehrskonzept für die Innenstadt. Anschließend kommt das besondere Konzept für Zufußgehende und Radfahrende, das Nahmobilitätskonzept. Schon heute sind dabei Radwege auf dem Ring vorgesehen. Aber der Ring kann vielleicht mehr sein als ein großer Verkehrsverteiler, nur eben mit Radwegen. Deshalb soll es einen Rahmenplan "Neuer Ring" geben.

Sammelunterkünfte auflösen

11. Nach wie vor leben in Bochum viele Geflüchtete in Sammelunterkünften. Dabei ist die eigene Wohnung neben der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation ein Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Leben. In Zeiten von Corona können notwendige Abstands- und Hygieneregeln in Sammelunterkünften kaum eingehalten werden. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert die Stadt Bochum auf, allen Geflüchteten, ein Leben in Wohnungen statt in engen Containern und anderen Massenunterkünften zu ermöglichen.

Werden Sie sich für die regelhafte Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Sammelunterkünften einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Glücklicherweise gab es bisher in den Flüchtlingsunterkünften keinen einzigen positiven Corona-Fall. Das mag auch daran liegen, dass sie nur zu 60 Prozent belegt sind. Aber ganz unabhängig von der Corona-Pandemie ist und bleibt unser Ziel die Auflösung von großen Flüchtlingsunterkünften. Wir unterstützen das Vorgehen der Stadt, geflüchtete Menschen nach und nach in Wohnungen unterzubringen. Einerseits ist es gelungen, über 1000 Personen in durch die Stadt Bochum angemieteten Wohnungen unterzubringen, wo sie nicht nur wohnen, sondern auch betreut werden. Andererseits werden geflüchtete Menschen mit einer guten Bleibeperspektive von den Flüchtlingsbüros intensiv bei der privaten Wohnungssuche unterstützt. Voraussetzung aber ist die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Damit uns das gelingt, müssen wir unseren eingeschlagenen Weg fortsetzen und das Wohnbauflächenprogramm konsequent umsetzen. Nur so erreichen wir das Ziel, rund 800 neue Wohnungen zu bauen, davon ein Viertel öffentlich gefördert. Wohnungsmangel lässt die Mieten steigen zum Nachteil der Schwachen. Da müssen wir gegensteuern.